

## Fraktionen sagen Nein

Brandenburg gegen Erhöhung des Rundfunkbeitrags

Mit der Politik in Brandenburg ist eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags nicht zu machen. Der Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat sich dagegen ausgesprochen, und die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und Freien Wählern sehen dies auch so.

„Eine weitere Erhöhung ist nicht vermittelbar und schadet der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland“, sagte der SPD-Fraktionschef Daniel Keller. Seine Fraktion habe sich wie der Ministerpräsident wiederholt gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausgesprochen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse stärker sparen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Steeven Bretz, sprach sich ebenfalls gegen eine Erhöhung aus. „Wir sind gerade dabei, den RBB-Skandal aufzuarbeiten“, sagte Bretz der dpa. Bei dem Skandal seien Verschwendungen zutage getreten. Vor diesem Hintergrund wäre eine Beitragserhöhung „niemandem in Brandenburg vermittelbar“. Die Freien Wähler sagen ebenfalls Nein zu einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags. „In der Bevölkerung besteht keine Akzeptanz für eine weitere Beitragserhöhung, wir haben den teuersten und größten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt“, sagte der Sprecher der Gruppe, Péter Vida. Die Gruppe BVB / Freie Wähler fordert in einem Antrag, dass sich der Landtag gegen einen höheren Rundfunkbeitrag für die Beitragsperiode 2025 bis 2028 ausspricht und die rot-schwarz-grüne Landesregierung alles unternehmen soll, um einer Erhöhung entgegenzuwirken.

Die parteiübergreifende Weigerung, den Bürgern mehr Geld für ARD, ZDF und Deutschlandradio abzunehmen, resultiert in Brandenburg auch aus dem Skandal beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Der früheren, fristlos gekündigten Intendantin Patricia Schlesinger werden Verschwendung und Vetternwirtschaft vorgeworfen, die Generalstaatsanwaltschaft Berlin ermittelt, Schlesinger weist die Vorwürfe zurück.

Die Entscheidung über eine Anhebung des Rundfunkbeitrags tritt gerade in eine kritische Phase. An diesem Mittwoch wollten sich Vertreter der Länder und Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sender zu einem Gespräch zusammenschalten, in dem es um ein mögliches Szenario geht, wie sich der Anstieg des Beitrags vermeiden ließe. Dass die Gebührenkommission KEF am 23. Februar, wenn sie ihren 24. Bericht vorstellt, vorschlagen wird, den monatlichen Beitrag um 58 Cent auf dann 18,94 Euro zu erhöhen, gilt als sicher.

Die Bundesländer wollen die Erhöhung gleichwohl vermeiden, indem sie es vorerst unterlassen, einen neuen Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vorzubereiten (F.A.Z. vom 31. Januar). Sie würden dann auf den nächsten Bericht der KEF warten, der zwischenzeitlich eingetretene Einsparungen bei den Sendern in Rechnung stellen könnte. Gegen eine solche Stillhaltepolitik könnten die Sender allerdings vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Davon wollen die Länder den Intendanten jedoch abraten. Das von der Deutschen Presse-Agentur dokumentierte Votum der Parlamentarier aus Brandenburg unterstreicht, wie groß der Widerstand gegen einen höheren Rundfunkbeitrag ist. miha/dpa

## Zeitungsmaterial

Infowebsite für Schüler

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) hat mit der Plattform „Newsheroes“ eine Website geschaffen, die medienpädagogische Projekte von Zeitungsverlegern bündelt. „In der digitalen Informationsgesellschaft gelten Medien- und Nachrichtenkompetenz als Schlüsselqualifikationen – vor allem vor dem Hintergrund stark verbreiteter Desinformationen“, teilte der BDZV mit. Den Schulen komme eine Schlüsselrolle in der Vermittlung zum richtigen Umgang mit Nachrichten zu. Die Internetseite www.newsheroes.de informiert über medienpädagogische Projekte lokaler Medienhäuser und Bildungseinrichtungen. Über eine Postleitzahlensuche sind die Angebote für Lehrkräfte leicht auffindbar. Darüber hinaus stehen in einer Datenbank Materialien für den Unterricht zur Verfügung. Ein Newsletter informiert über die Angebote der lokalen Nachrichtenmedien. Inhaltlich wird das Portal von der Initiative Junge Leser, dem Wissensnetzwerk der Zeitungsverlage zum Thema junge Zielgruppen („Jule“), gestaltet und laufend aktualisiert. Der BDZV ist Gesellschafter von „Jule“. dpa/F.A.Z.

Neunundzwanzig Abmahnungen und Sanktionen, 7,5 Millionen Euro Strafgeld in dreizehn Jahren: Cyril Hanouna, umstrittener Star von Frankreichs Fernsehkanal C8, ist der meistsanktionierte Moderator des Landes. Der 49-Jährige tritt auch als Interviewer, Debattierer, Produzent, Investor, Stand-up-Comedian, Ankläger und Lobbyist in Erscheinung. Bewunderer preisen ihn als ein lebendes Antidepressivum, Kritiker sehen in ihm die Verkörperung der télé poubelle, des Fernsehschrotts – und ein Gift für die Demokratie.

Seinen dubiosen Ruhm verdankt Hanouna der 2010 (pikanterweise auf dem öffentlich-rechtlichen France 4) lancierten Show „Touche pas à mon poste!“ (Finger weg von meiner Glotze!), „TPMP“, wie die Unterhaltungssendung im akronymverliebten Frankreich genannt wird, wanderte ins Privatfernsehen ab und wechselte vom wöchentlichen in den werktäglichen Ausstrahlungsrhythmus. Ursprünglich beschränkte sich die Show auf den Mikrokosmos des Glotzkastens, dessen Programme und Protagonisten Hanouna und eine Bande aufgekratzter Kolumnisten wiederholt durch den Kakao zogen, zwischen zwei Spielen oder Streichen.

Bemerkenswert waren in dieser Frühphase weniger die schwerelosen Inhalte als die (einseitig) persönlichen Bande, die der Moderator mit seiner Fangemeinde zu knüpfen verstand. „Baba“, so Hanounas Kosenamen, hätschelte seine „fanouzous“ (eine putzige Wortschöpfung) mit Geschenken, Schmeicheleien („meine Schätzchen“, „meine kleinen Schönheiten“) und Twitter-Küsschen beim Aufstehen wie vor dem Zubettgehen. Eine Million Follower auf Instagram, deren sechs auf Twitter sowie (Stand 2022) 142 YouTube-Kanäle und 2282 X-Konten, die ihm und/oder seinen Sendungen gewidmet sind, tragen „Babas“ Wort – oder zumindest seine Bonmots – in die Welt hinaus.

Einen Scheidepunkt markierte laut Beobachtern Hanounas Vertragserneuerung im Herbst 2015. Der neue Besitzer von C8, Vincent Bolloré, ließ sich die tägliche Produktion von fünf Stunden Inhalt durch die Produktionsfirma H2O für eine Dauer von fünf Jahren 285 Millionen Euro kosten. Besagte Firma hatte Hanouna unmittelbar vor der Lancierung von TPMP gemeinsam mit Yannick Bolloré gegründet, einem Sohn des Multimilliardärs und Medientycoons. Laut Mitgliedern seiner damaligen Entourage sei „bei Hanouna Ende 2015 eine Sicherung durchgebrannt“. Größewahn und das Gefühl, sich unter Bollorés Protektion alles leisten zu können, hätten bei dem in einer Pariser Arbeitervorstadt aufgewachsenen Sohn tunesischer Juden negative Eigenschaften zutage gefördert.

Journalisten der Investigationssendung „Complément d'enquête“ von France 2 befragten unlängst 32 direkte Mitarbeiter des Moderators. Fünfzehn von ihnen übten – anonym – harsche Kritik. Sie bescheinigten Hanouna einen bössartigen Hang zur Herabsetzung, eine Allergie gegen andere Meinungen als die seine (von Kritikern ganz zu schweigen) und einen „guruhaften“ Griff auf sein Gefolge. Das Gefühl, das der Moderator vielen einflößt, ist Angst – vor Demütigung, vor Arbeitsentzug als Strafmittel, ja Angst vor „physischer Bedrohung“. Wegen seines gangsterhaften Ge-

# „Da ist bei ihm eine Sicherung durchgebrannt“

Der Moderator Cyril Hanouna fing an als Enfant terrible des französischen Fernsehens. Er wurde immer rüder. Nun ist er ein gefährlicher Populist.

Von Marc Zitzmann, Paris



In der Maske: Cyril Hanouna vor dem Beginn seiner Sendung Foto Denis Allard/Laif

bars wird Hanouna oft „Pate“ geheißen. Seit 2016 ist es auch auf dem Set seiner Sendungen zu Übergriffen gekommen. Einem Kolumnisten, dem über Jahre hinweg die undankbare Rolle des Prügelknaben zukam, stopfte Hanouna nicht nur Nudeln in die Unterhose, sondern machte ihn auch vor versteckter Kamera glauben, er sei zum Zeugen eines durch ihn selbst begangenen Totschlags geworden, für den er an seiner statt die Verantwortung übernehmen müsse. Einen weiteren Kolumnisten ermunterte Hanouna, eine Kollegin ohne deren Einverständnis auf die Brust

zu küssen; einer vierten nahm er selbst die Hand und drückte sie sich aufs Gemäch. Tiefpunkte in der langen Liste der Entgleisungen mit sexuellem Bezug sind ein die Vergewaltigung in der Ehe verharmlösenden „Witz“ und ein telefonischer „Streich“, bei dem Hanouna mit süßlicher Stimme Aufgeber homosexueller Kontaktannoncen anrief. Dieser „Ulke“ zeitigte nicht nur eine Geldbuße von drei Millionen Euro, sondern auch einen zeitweiligen Boykott der Sendung durch rund 20 Werbekunden.

Nun könnte man all dies als schlimme Ausrutscher einer Show ansehen, die im

Kampf um Quoten auf Machismo setzt, auf Homophobie und auf das, was als „Schulhof-Bully-Reflexe“ beschrieben wurde. Doch TPMP eignet je länger, desto mehr eine politische Dimension. Der „Hanounismus“ ist ein Populismus. Bereits die geölte Aufarbeitung der erwähnten Entgleisungen erinnert an Trump und Konsorten: Man sagt oder tut etwas Abstoßendes, reitet auf der Welle der Klicks und Kommentare – und wirft sich endlich in die Pose des Märtyrers der Meinungsfreiheit, dem moralinsaure Zensoren den Mund verbieten wollen. Im Fall des homophoben, die Persönlichkeitsrechte verletzenden Telefon-„Streichs“ beriefen sich Hanounas Parteigänger auf das „Recht auf Karikatur“, ja auf „Charlie Hebdo“.

Noch größer ist Hanounas Nähe zu Trumps MAGA-Bewegung da, wo er den Propagandisten wilder Verschwörungstheorien eine Bühne gibt. So warnten Gäste in seinen Sendungen vor pädophilen Seilschaften im Staatsapparat („Pizzagate lässt grüßen), empfahlen die trumpsche Anti-Covid-Roskur des „Marseiller Druiden“ Didier Raoult und verbreiteten den durch Qanon popularisierten Irrsinn vom Adrenochrom, das in geheimen Farmen aus den Körpern gefolterter Kinder gewonnen werde.

Vollends politisch wird Hanouna, wenn er die vermeintliche Laxheit der Justiz geißelt und kaum verhohlen für die Todesstrafe eintritt. Zur katholisch-fundamentalistischen und nationalistisch-identitären Revolution, genauer: Regression, in deren Dienst Bolloré sein Medienimperium gestellt hat, trug der Moderator das Seine bei mit dem braunen Teppich, den er 2022 für den rechtsextremen Präsidentschaftsanwärter Eric Zemmour ausrollte. Doch auch Vertreter des nicht minder radikalen Rassemblement national sind unter den Gästen wie unter den Kolumnisten von TPMP prominent vertreten.

In ihrem im Januar erschienenen Essay „Touche pas à mon peuple“ beschreibt die Forscherin Claire Sécail, wie Hanouna sich zum Sprachrohr des Volkes stilisiert, dabei aber die Fundamente der Demokratie unterhöhlt. Nicht genug, dass er Antintellectualismus und Experten-Bashing bedient, in den sozialen Netzwerken aufgelesene Gerüchte als Fakten vorstellt, nicht repräsentative Umfragen unter seinen (den politischen Extremen zuneigenden) Followern als Volksmeinung ausgibt und den Kolumnisten von TPMP – zum Teil wörtlich – im Voraus diktiert, was sie zu sagen haben, solcherart jede freie, wirklich demokratische Debatte verunmöglicht.

Er attackierte und beschimpfte auch echte Volksvertreter, die wie die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo oder die frühere Kulturministerin Rima Abdul Malak gegen Rechtsextremismus kämpften. Den linken Abgeordneten Louis Boyard jagte er 2022 unter Beschimpfungen („Niete“, „Idiot“, „Stück Scheiße“, „half's Maul“, „verpiss dich“) vom Set. Dieser hatte es gewagt, Bolloré in dessen eigenem Sender kritizieren zu wollen. Eine Geldbuße von 3,5 Millionen Euro war die Folge, die höchste, die Frankreichs Medienaufsichtsbehörde je verhängt hat. Hanouna konnte das egal sein. Sein Vertrag wurde bis 2026 verlängert.

## Dem Juden schoss man in den Bauch, aus Spaß

Um aufzuklären und zu warnen, sammelt der Holocaustüberlebende Arthur Langerman antisemitische Bilder, Karikaturen und Figuren. Seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober gibt es davon mehr denn je

Arthur Langerman, Belgier, Jude und Holocaustüberlebender, hat den Großteil seines Lebens, mehr als sechzig Jahre, damit verbracht, eine beeindruckende Sammlung anzulegen. Sie umfasst 11.000 Bilder, Zeichnungen und Figuren, die, in den unterschiedlichsten Varianten, immer und immer und immer wieder dasselbe zeigen: Juden. Dicke, feiste Männer mit großen Nasen und Gier in den Augen, Juden, wie der Antisemitismus, nicht die Realität sie malt. Dass sich wahrscheinlich jeder vorstellen kann, wie diese Bilder aussehen, zeigt, wie oft sie noch immer und wieder vermehrt zu sehen sind.

Ein Abend Ende Januar. Langerman ist nach Berlin gekommen, um bei der Premiere eines Dokumentarfilms über ihn dabei zu sein. „Bilder des Hasses“ (Regie und Buch: Andrea Oster) begleitet den Sammler bei seiner täglichen Mission und bei der Suche nach dem Ort, an dem sein Vater kurz vor Kriegsende gestorben ist.



Arthur Langerman (r.) gibt Einblick in seine Sammlung.

Foto Andrea Oster

Im März 1944 wurden Langermans Eltern deportiert, er selbst kam, damals keine zwei Jahre alt, in ein Kinderheim. Die Mutter kehrte zurück und wollte nicht über den Krieg sprechen; der Vater starb, wann und wie sollte der Sohn erst viele Jahrzehnte später herausfinden. Mit 19 sah Langerman den Prozess über Adolf Eichmann, begriff zum ersten Mal gänzlich, was seiner Familie geschehen war. Und musste sich die Frage stellen, die ihn heute umtreibt: Woher rührt der Hass?

Ein Teil der Antwort liegt für Langerman in den Karikaturen. Die, so zeigt es seine Sammlung, den Hass schon seit Jahrhunderten verbreiten, normalisieren. Im Film ist ein Jahrmarktspielzeug aus dem Jahr 1903 zu sehen, ein dicker Jude mit Zielscheibe auf dem Bauch. Ein Spiel wie „Hau den Lukas“, nur dass man den Lukas ja gar nicht direkt schlägt. Dem Juden hingegen schoss man damals in den Bauch, zum Spaß. So verbreitet, so alltäglich war

Antisemitismus, dass vielen das wohl nicht einmal seltsam vorkam.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass an diesem Abend hauptsächlich Schülerinnen und Schüler gekommen sind. Nicht nur gegen Antisemitismus, gegen jeden Hass, ob er sich gegen Juden, „Schwarze, Asiaten, Homosexuelle“ richte, sagt Langerman, müsse man angehen, „solange man jung ist“. Sonst, so glaubt er, blieben diese Gefühle für immer. Um Antisemitismus nicht auf den Leim zu gehen, muss man allerdings auch seine Anzeichen, seine Symbole richtig deuten. Eine antisemitische Karikatur erkenne man daran, sagt Langerman, dass alles übertrieben dargestellt werde: Nase, Bauch, Statur. Aber eigentlich beginne es schon früher. Bei der Frage, warum Juden überhaupt so oft bildlich dargestellt würden, wo sie doch nur einen verschwindend geringen Teil der Weltbevölkerung, rund 15 Millionen von mehr als acht Milliarden, ausmachten.

Hass, das zeigt der Film, kann man systematisch anziehen. In einer Szene sind Langerman und Carl Linsler, Sammlungsleiter der Arthur Langerman Foundation, die an der TU Berlin angedockt ist und einen Großteil der Sammlung verwaltet, in Nürnberg, im Archiv der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Der Stürmer“. Dort lesen sie den Brief eines Lehrers an die Redaktion des „Stürmer“, in dem dieser beschreibt, wie man gute Antisemiten heranzüchtet: „Man lässt sie antisemitische Bilder anschauen und nachmalen.“ Das, kann der Lehrer berichten, funktioniert ganz wunderbar. Die schönsten Bilder druckt „Der Stürmer“ sogar ab, sodass ihre Urheber zu kurzem Ruhm kommen. Wenn das keine Motivation ist.

Arthur Langermans eigene könnte davon nicht ferner sein. Das Ziel seiner Sammlung ist es nicht nur, das antisemitische Material vom Markt zu schaffen, ein, wie er feststellt, aussichtsloses Unterfangen. Sondern zu zeigen, dass Antisemitismus ein Konstrukt ist, das erlernt wird und das Folgen hat. Bildung und Aufklärung, glaubt Langerman, seien unerläss-

lich. Es beunruhigt ihn, dass viele heute nicht mehr wüssten, „was Wahrheit und was Lüge ist“.

Sie hätten, erzählt die Regisseurin Andrea Oster an diesem Abend, überlegt, ob der Titel des Films nicht zu drastisch sei. Dann geschah der 7. Oktober, das Massaker der Hamas, bei dem 1200 Israelis ermordet wurden, und die Dokumentation und Langermans Projekt bekamen eine niederschmetternde Aktualität. Ständig entstünden neue antisemitische Karikaturen, sagt Langerman, manchmal kaufe er das gleiche Motiv zwei-, drei-, viermal. 11.000 Exponate mögen nach viel klingen, doch Langermans Sammlung ist noch lange nicht abgeschlossen. ANNA VOLLMER

**Bilder des Hasses** läuft von heute an bei Spiegel TV Geschichte.

## Attacke auf ZDF-Team

Urteil gegen vier Täter ist rechtskräftig

Fast vier Jahre nach dem Angriff auf ein ZDF-Team bei einer Demonstration der Querdenkerbewegung in Berlin sind vier Täter rechtskräftig verurteilt. Das teilte eine Sprecherin der Berliner Strafgerichte auf Anfrage mit. Das Amtsgericht Tiergarten hatte drei Männer und eine Frau wegen gefährlicher Körperverletzung am 8. Januar zu Bewährungsstrafen von zwei Jahren verurteilt. Zudem müssen sie jeweils 5000 Euro Geldbuße als Schmerzensgeld für die Opfer zahlen.

Die zwei Männer aus Berlin sowie das Geschwisterpaar aus Baden-Württemberg hatten im Prozess gestanden, am 1. Mai 2020 auf das Fernsichtteam eingetreten und eingeschlagen zu haben. Nach ihren Angaben handelte es sich um einen Verwechslung. Das Geständnis der bislang nicht vorbestraften Angeklagten im Alter von 28 bis 34 Jahren war Voraussetzung dafür, dass das Gericht Bewährungsstrafen aussprach. Darauf hatten sich die Beteiligten vor Prozessbeginn verständigt, wie das Gericht damals mitgeteilt hatte.

Das sechsköpfige Fernsichtteam war im Auftrag der ZDF-Satiresendung „heute-show“ unterwegs und berichtete über die Demonstration. Plötzlich stürmte eine Gruppe verummterter Menschen auf die Berichterstatte zu. Die Journalisten und Wachleute wurden teils schwer verletzt. Nach komplizierten Ermittlungen gelang es, die Verurteilten zu identifizieren. Weitere Beteiligte blieben unerkannt. Aus Sicht des Gerichts ließen sich die Hintergründe des Angriffs nicht mehr klären. Nach Angaben des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) handelte es sich bundesweit um den schwerwiegendsten Überfall auf Journalisten im Jahr 2020. dpa/F.A.Z.

## Blockade

Kritik an Form des Bauernprotests

Der Bayerische Journalisten-Verband (BJV) hat die Blockade des Medienzentrums der „Allgäuer Zeitung“ in Kempten durch Landwirte scharf kritisiert. „Die Auslieferung einer Zeitung stoppen oder verzögern zu wollen ist ein Angriff auf die Pressefreiheit“, sagte die stellvertretende BJV-Vorsitzende Andrea Roth. Die Polizei hatte mitgeteilt, dass die Zufahrten zu dem Medienzentrum in der Nacht auf Montag durch Bauern mit Traktoren blockiert wurden. Bis zu 400 Teilnehmer seien mit etwa 175 Traktoren und 30 Autos vor Ort gewesen. Es seien Strafverfahren wegen des Anfangsverdachts der Nötigung eingeleitet worden.

„Hier wird eine Drohkulisse aufgebaut und versucht, Berichterstattung zu beeinflussen“, sagte Roth. Auch wer mit der Berichterstattung unzufrieden sei, dürfe die Presse nicht an ihrer Arbeit hindern. Ähnlich äußerte sich die Polizei: „Die Pressefreiheit ist ein besonders schützenswertes Rechtsgut. Der Versuch einer Einflussnahme durch eine nicht angezeigte Versammlung und zeitweise Blockaden ist nicht akzeptabel und mit dem Rechtsstaatsprinzip in einer Demokratie nicht in Einklang zu bringen.“ Die „Allgäuer Zeitung“ berichtete, die Auslieferung der Zeitung sei beeinträchtigt worden. Teilnehmer der Aktion hätten dann am Montag das Gespräch mit dem Verlag gesucht. Sie hätten erklärt, die Blockade sei ein „Hilferuf“ gewesen, weil sich die Bauern von der Politik im Stich gelassen fühlten und ihre Anliegen von den Medien nicht ausreichend und teils falsch dargestellt würden. Geschäftsführung und Redaktionsleitung hätten erwidert, dass man Aktionen dieser Art nicht tolerieren könne. dpa/F.A.Z.

Stuttgart-Bad Cannstatt, im Februar 2024

Gott gebe uns die Gelassenheit,  
Dinge hinzunehmen, die wir nicht ändern können,  
den Mut, Dinge zu ändern, die wir ändern können,  
und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Dr. med. K.-Ilona Sander

Musterungsärztin  
+ 30.1.2024

In Liebe, Dankbarkeit und tiefer Trauer nehme ich Abschied von meiner treusorgenden Mutter.

Viktor Roman Sander

Die Urnentrauerfeier findet statt am Freitag, 16.2.2024, um 13 Uhr auf dem Uff-Kirchhof in Stuttgart-Bad Cannstatt.